

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen hat am 14. Februar 2019 die folgende Resolution mit dem Titel „Eine Emscher-Universität für das nördliche Ruhrgebiet“ beschlossen.

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen unterstützt den Vorschlag, einen neuen Hochschulstandort für das nördliche Ruhrgebiet zu gründen und fordert gleichzeitig die Landesregierung auf, die Thematik lösungsorientiert aufzugreifen. Eine „Emscher-Universität“ wäre ein dringend benötigter Entwicklungsschub, um den Strukturwandel im nördlichen Ruhrgebiet zu gestalten. Die positiven Effekte von Universitäten sind unbestritten: Sie ziehen Forschungsinstitute und Drittmittel für die Wissenschaft an und wirken positiv auf die gesamte Region. Die mit einer Uni verbundenen Investitionen in Bildung und Forschung stärken zudem die regionale, mittelständische Wirtschaft, schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze und lösen Existenzgründungen aus. Gezielte Kooperationen mit der Universitätsallianz Ruhr, den umliegenden Universitäten und der Westfälischen Hochschule sind wünschenswert und können den Wissenschaftsstandort Nördliches Ruhrgebiet voran bringen.

Allein das Beispiel der TU Dortmund zeigt das Potenzial: 34.000 Studierende, 300 Professuren, 6.000 Beschäftigte sowie 80 Studiengänge. Im Technologiepark rund um die TU haben sich laut WAZ 300 High-Tech-Unternehmen mit rund 10.000 Beschäftigten angesiedelt.

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen erwartet zudem, dass sich die Landesregierung bei der Bundesregierung im Zuge des Ausstiegs aus der Kohleverstromung für substanzielle finanzielle und strukturelle Kompensationen in ausreichender Höhe für das Ruhrgebiet einsetzt. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“- im Weiteren „Kohlekommission“ - der Bundesregierung hat am 26. Januar 2019 ihren Bericht zum Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgelegt. Der Plan sieht vor, bis spätestens 2038 aus der Kohleverstromung auszusteigen, bis 2022 soll die Leistung der Kraftwerke bereits um ein Viertel zurückgefahren werden. Ein Schwerpunkt der Steinkohleverstromung ist aus historischen Gründen das nördliche Ruhrgebiet. Deshalb ist in NRW neben dem rheinischen Braunkohlerevier auch das Ruhrgebiet von den Plänen der Kohlekommission stark betroffen. So sind in Steinkohlekraftwerken im nördlichen Ruhrgebiet mehr als 3.000 Menschen beschäftigt. Dem Vernehmen nach soll auch das UNIPER-Kraftwerk in Gelsenkirchen Scholven (ursprünglich 3.500 MW Leistung, derzeit 750 MW Leistung) spätestens bis Ende 2022 durch eine deutlich kleinere Kraft-Wärme-Anlage mit 100 MW Leistung ersetzt werden. Die Pläne der Kohlekommission treffen das nördliche Ruhrgebiet deshalb in doppelter Hinsicht, ist der durch den Ausstieg aus der Steinkohleförderung implizierte Strukturwandel doch noch nicht beendet, geschweige denn kompensiert. Die Gründung einer „Emscher-Universität“ wäre daher ein starkes Signal, dem Strukturwandel im nördlichen Ruhrgebiet zukunftsgerichtet zu begegnen.